

5./ **Einrichtung einer Querungshilfe an der B 228**
- hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 13.04.2010

Anlage 1

Protokoll:

Stv. Drennhaus erläutert den Antrag seiner Fraktion. Danach werde die B 228 im nächsten Jahr von einer Bundesstraße zu einer Landesstraße heruntergestuft. Im Bereich der Bushaltestellen "Haan Markt" würden zum Straßenseitenwechsel die westliche und östliche Fußgängerampel nur sehr selten durch die Fußgänger genutzt. Dies beschwöre regelmäßig gefährliche Situationen herauf, denen mit einer Querungshilfe in Höhe der beiden Haltestellen abgeholfen werden könnte. Diese sei noch bis Ende des Jahres über den Bund zu finanzieren.

Stv. Lukat fragt, wie die Querungshilfe aussehen solle und ob in diesem Falle die Bedarfsampel in Höhe des Textilwarenhandels entfallen könne.

Bgo. Buckesfeld erklärt, die Verwaltung werde u.a. auch dies prüfen, wenn sie einen Auftrag durch den PIJA erhalte.

Stv. Straßburg bestätigt, dass eine Querungshilfe aufgrund der gegebenen Verkehrssituation angebracht sei. Allerdings befürchte er, dass die Örtlichkeit dies nicht hergebe. Trotz Herabstufung zur Landesstraße sei nicht mit weniger Verkehrsaufkommen auf der B 228 zu rechnen und eine Querungshilfe lenke die Aufmerksamkeit der Autofahrer auf diese. Kleinkinder würden von dieser evtl. verdeckt und nicht gesehen.

Stv. Becker spricht sich dafür aus, die Verwaltung solle prüfen, welche Möglichkeiten zur Umsetzung bestünden.

Stv. Rehm regt an, das Büro zu beteiligen, welches für das Verkehrskonzept verantwortlich zeichnet.

AM Dr. Pech fragt, ob diese Maßnahme zu einem Haushaltsansatz führen würde.

Bgo. Buckesfeld erläutert, durch die voraussichtliche Kostenübernahme durch den Bund sei das In-Vorleistung-Treten der Stadt bei einer Baumaßnahme voraussichtlich eher ein durchlaufender Posten.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Beschluss:

"Die Verwaltung wird beauftragt, die Maßnahme "Installierung einer Querungshilfe auf der B 228 in Höhe der Bushaltestelle Haan Markt" zu prüfen und umzusetzen. Evtl. sich dabei ergebende Probleme tatsächlicher, technischer, finanzieller oder rechtlicher Natur wird die Verwaltung rechtzeitig der Politik gegenüber kommunizieren."